

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 888 848 pbbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Klaus Lennartz MdB zum Etat  
des Umwelthaushalts: Um-  
weltschutz hat im Bundes-  
haushalt einen sinkenden  
Stellenwert.

Seite 1

Dr. Peter Glotz MdB zu not-  
wendigen Veränderungen der  
Forschungs- und Kulturpolitik:  
Kultur, Bildung, Wissenschaft  
und Forschung müssen neu  
gewichtet werden.

Seite 2

Karl Diller MdB zum Einge-  
ständnis eines Rechenfehlers  
des Finanzministers: Bundes-  
finanzminister muß "Argumen-  
tationspapier" überarbeiten.

Seite 4

Michael Müller MdB zur Um-  
weltpolitik: Konzentrierte Ak-  
tion für Innovation, Umwelt und  
Beschäftigung.

Seite 5

Berichtigung

Seite 6

48. Jahrgang / 139

26. Juli 1993

### Umweltschutz hat im Bundeshaushalt einen sinkenden Stellenwert

Der Umwelthaushalt bleibt auf Atom fixiert

Von Klaus Lennartz MdB

Stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im  
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Mit jedem Haushaltsjahr läßt das Bundesumweltministerium weitere Federn; mit jedem Haushaltsjahr wird der Bundesumweltminister gezwungen, weitere Abstriche bei seinen ureigenen Aufgaben - dem Umwelt- und Naturschutz - hinzunehmen. Jeder Haushalt müßte ihm auch aufs neue drastisch seinen gesunkenen Stellenwert in diesem Bundeskabinett vor Augen halten. Die Frage ist: Wie lange läßt sich Umweltminister Töpfer das alles noch gefallen?

Bei einem oberflächlichen Blick auf den Haushaltsentwurf scheint alles gar nicht so schlimm: immerhin steigt der Haushalt des BMU um rund 90 Millionen DM beziehungsweise um 7,1 Prozent von 1,26 Milliarden DM auf 1,35 Milliarden DM.

Schlimm wird es erst auf den zweiten Blick: die Gesamtsteigerung des BMU-Haushalts geht ausschließlich auf Steigerungen im Bundesamt für Strahlenschutz zurück, dessen Ausgaben um 135 Millionen DM aufgestockt werden. Noch genauer: die Haushaltssteigerung des BMU reicht noch nicht einmal aus, um die zusätzlichen Ausgaben des Bundes für das geplante Atomlager Schacht Konrad, für Gorleben und für das Endlager Morsleben zu realisieren; darüber hinaus müssen zu diesem Zweck die übrigen Bereiche der Umweltpolitik - Aufgaben im Bereich der Abfallpolitik, des Gewässerschutzes, des Lärmschutzes, um nur einige zu nennen - um 45 Millionen DM in 1994 gekürzt werden. Wer also glaubt, die 90 Millionen DM Aufstockung des Umwelthaushaltes seien Ausdruck der Wertschätzung der Umweltpolitik, der muß sich eines besseren belehren lassen.

Überhaupt zeigt der BMU-Haushalt 1994 eine auffällige Akzentverschiebung von Aufgaben des Umwelt- und Naturschutz hin zu den Aufgaben für Reaktorsicherheit. Klammert man einmal das Bundesamt für Strahlenschutz aus und betrachtet nur die Ausgaben des BMU, so zeigt sich auch hier, daß die Aufgaben für Umwelt und Naturschutz um 64 Millionen DM gekürzt werden, während die Aufgaben für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz um 21 Millionen DM

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediensl GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos umgibt  
mit wertvollem Inhalt  
Recycling-Papier



aufgestockt werden. Noch 1992 kamen auf jede Mark für die Reaktorsicherheit knapp vier DM für den Umweltschutz, heute kommen auf jede Mark für Reaktorsicherheit nur noch 2,5 DM für den Umweltschutz.

Die Entwicklung der Umweltforschung im Bereich des BMU-Haushalts kommt einer Katastrophe gleich. 1993 hatten die Koalitionsparteien einen forschungspolitischen Kahlschlag im Umweltministerium verursacht, in dem sie die Forschungsmittel um 27 Millionen DM gekürzt hatten. Die Folge war, daß das Umweltbundesamt kein einziges neues Forschungsprojekt in 1993 vergeben konnte - angesichts der Fülle ungelöster umweltpolitischer Aufgaben ein Desaster, wie eine Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Umweltforschung im Juni dieses Jahres ergab. Diese skandalöse Kürzung der Forschungsgelder wird nun nur zu einem kleinen Teil wieder rückgängig gemacht. Im Ergebnis wird das Forschungsvakuum im Bereich der Umweltpolitik bestehen bleiben.

Verheerend ist auch die Entwicklung bei der Förderung von Umweltinvestitionen: bereits im Haushalt 1993 wurde für die Projekte des Aufschwungs Ost keine müde Mark mehr eingestellt. 1994 sollen nun die Mittel für Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen erneut um 80 Millionen DM gekürzt werden.

Fazit:

Da der Bundesumweltminister erkennbar kein politisches Gewicht mehr am Kabinetttisch hat, scheint es seinen Kollegen wohl nur konsequent, ihn auch noch um das Geld für seine ureigenen Aufgaben zu erleichtern.

Umweltschutz hat in dieser Regierung nur so lange einen Stellenwert, wie man damit auf internationalen Konferenzen wie in Rio Punkte machen kann. Das Markenzeichen dieses Umwelthaushalts ist nicht länger Umweltschutz, sondern Flankenschutz für die Atomenergie-Wirtschaft. Das tatsächliche Engagement für den Umweltschutz läßt sich ablesen an den Kürzungen der Mittel für Umweltforschung und Umweltinvestitionen.

(-/26. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen neu gewichtet werden Über notwendige Veränderungen der realen Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied des SPD-ParteiVorstands und der Kommission "Regierungsprogramm '94" der SPD

Langfristige Versäumnisse bei strategischen Hochtechnologien, die weltweite Rezession und ökonomische Fehlsteuerungen bei der Wiedervereinigung haben die schwerste Krise der Bundesrepublik seit Jahrzehnten ausgelöst. Die Republik braucht einen Roosevelt-Ruck, einen Politikwechsel. Die Regierung Kohl aber zeigt in dieser Situation Dialogschwäche, Planlosigkeit und Motivationsunfähigkeit. Die Regierung muß sich nicht nur mit objektiven Faktoren herumschlagen; sie wirkt auch mental ausgeleert. Der Appell zur geistig-moralischen Erneuerung von 1982 endet nach drei Legislaturperioden in intellektueller Führungslosigkeit und kraftlosem Muddle-through. Dadurch entstehen ernste Probleme für den Standort Bundesrepublik.

Die Bereiche Bildung und Wissenschaft werden finanziell stiefmütterlich behandelt - nichts zeigt dies deutlicher als die kontinuierliche Schrumpfung des Forschungsetats, der 1992 real um 8,4 Prozent kleiner war als im Jahr 1982. Auch die Personalpolitik der Bundesregierung ist auf diesen Feldern blamabel. Die Entscheidung des Bundeskanzlers, den neu ernannten Forschungsminister Wissmann nach sechs Wochen am Kragen zu packen und ins Verkehrsressort zu versetzen, zeigt, daß diese Regierung Bildung, Wissenschaft und Forschung für drittrangige Bewährungsfelder hält. Hinter diesen Fehlern steht sozusagen eine krasse Unterschätzung der Software, eine fundamentale Fehlbewertung von Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung, der geistigen Grundlagen von Produktivität und Leistungsfähigkeit.

Der notwendigen Veränderungen der realen Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik müssen drei intellektuelle Kurskorrekturen vorangehen:

1. Um den notwendigen Aufbruch (Edzard Reuter) in der Bundesrepublik zustande zu bringen, muß die Sprachlosigkeit zwischen den Eliten von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beendet werden. Die massive Kritik wichtiger Repräsentanten unserer Führungsgruppen (wie zum Beispiel des Präsidenten des BDI, Tyll Necker, des Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, Reuter oder des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Dr. Hans F. Zacher) zeigen das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen der Politik auf der einen und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur auf der anderen Seite. Die Funktionsebenen unserer Gesellschaft müssen stärker als heute miteinander kooperieren und sich ein Bild der Zukunft Deutschlands machen. Das muß ein stets korrigierbares, offenes Bild sein; weder ein starrer Plan noch eine emotionsgeladene Utopie. Aber ganz ohne Visionen wird es nicht gehen. Diese "Visionen" müssen realisierbar sein; deswegen ist der biblische Begriff vielleicht zu belastet. Man könnte ihn durch ein Wort aus der technischen Welt, das Wort "Design" ersetzen. Vielleicht muß man dann auch noch den Mut haben, das fragwürdige Wörtchen "grand" dazuzusetzen: Grand Design.

Ich danke weder an Technologie-Räthen bei einem weitgehend einflußlosen Forschungsministerium noch an unverbindliche Plaudereien auf dem Petersberg, sondern an eine Konzentrierung von wirtschaftlichen und technologischen Langzeitzielen durch die entscheidenden Repräsentanten von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften. Die Idee, daß diese Abstimmung durch den Markt entbehrlich gemacht würde, ist - zum Beispiel angesichts des Wettbewerbs mit den Japanern - töter als tot. Wir brauchen Grundrisse für die Welt von morgen. Wer sich einbildet, daß schon Grundrisse notwendigerweise zum Totalitarismus führen, wird niemals Architekten hervorbringen; und ohne Architekten kein Neubau.

2. Wir brauchen eine Rückwendung zur Förderung wettbewerbsrelevanter Technologien. In den europäischen Forschungs-Rahmenplänen verbohren sich die Deutschen in sündteuren Jahrhundert-Projekten (Fusion), während Partnerländer, die in der Konkurrenz der Triade Europa, Japan, USA nicht mithalten können, in Randbereichen, bei der Agrarforschung oder der Fischerei herum paddeln. Das Versagen bei der Förderung der Mikroelektronik, insbesondere der Halbleiterfertigungsförderung zeigt, daß die nationale Förderungspolitik in Deutschland sich verbohrt hat, zum Beispiel bei der Kernenergie und dem Weltraum. Setzt diese Entwicklung sich fort, gerät die Bundesrepublik in große Schwierigkeiten. Die großen Unternehmen werden ihre Krisen beherrschen, zum Beispiel durch Standortverlagerungen und rigorose Kostenbegrenzung. Wenn die Bundesrepublik ihre Probleme beherrschen will, darf sie in ihrer Forschungs- und Wissenschaftspolitik am weltweiten Wettbewerb nicht länger vorbeischaun.
3. Wir brauchen eine Wiedergewinnung gesamtstaatlicher Perspektiven. Es bleibt beim kooperativen Föderalismus; den Ländern darf (und kann) keine einzige Kompetenz abgenommen werden. Der

Bund hat aber Aufgaben im gesamtstaatlichen Interesse; die muß er wahrnehmen. Genau dabei aber versagt er.

Ein Beispiel ist der Zusammenbruch der Industrieforschung in den neuen Bundesländern. Von den Ende 1989 75.000 in Forschung und Entwicklung Beschäftigten waren im Herbst 1992 noch 15.000 vorhanden, also circa 20 Prozent. Damit kommt in der Industrie der neuen Bundesländer auf 100 Beschäftigte nur noch ein Forscher, während es im Westen sieben sind. Bis Ende 1993 ist ein weiterer Abbau des F- und E-Potentials um 60 Prozent zu befürchten. Dann hätten die neuen Bundesländer nur noch ein Zehntel des westlichen F- und E-Potentials in den Unternehmen zur Verfügung. Dies markiert ein krasses Politikversagen.

Eine vergleichbare Entwicklung bahnt sich durch den Vorschlag des Bundesfinanzministeriums an, sowohl Übergangsförderungen in den neuen Bundesländern als auch Finanzierung im gesamtstaatlichen Interesse rigoros abzubauen. Wenn sich das Finanzministerium mit seinen Beschlüssen durchsetzt, werden unter anderem ab 1995 das Bacharchiv Leipzig, der Deutsche Musikrat, das Freie Deutsche Hochstift, die Deutsche Schillergesellschaft, das Bauhaus in Dessau, die Stiftung Deutsche Cinemathek, die Deutsche Film- und Fernsehakademie, die Ruhrfestspiele Recklinghausen oder die Gesellschaft für Deutsche Sprache sowie die Kulturstiftung der Länder kein Geld mehr bekommen. Berlin schließt unter großem Getöse das Schillertheater. Der Bund will mindestens 15 Schillertheater schließen. Diese Politik des Kahlschlags würde den Anspruch Deutschlands, eine Kulturmation zu sein, zerstören.

Die SPD bestreitet nicht Sparzwang und Ausgabendisziplin. Die Finanzpolitik muß aber intellektuellen Impulsen folgen, nicht umgekehrt. Der Wahlkampf darf nicht auf Nebenkriegsschauplätzen ("Blauhelme") stattfinden, sondern sollte zur Debatte stellen, wie ein Aufbruch aus der Krise zu bewerkstelligen ist. Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen dabei anders gewichtet werden, als die gegenwärtige Bundesregierung dies tut.

(-/26. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **Bundesfinanzminister muß "Argumentationspapier" überarbeiten**

**Theo Waigel gesteht Rechenfehler ein**

**Von Karl Diller MdB**

Mit den Rechenkünsten des Bundesfinanzministers steht es wirklich nicht zum besten. Behauptete er doch glatt (und ausgerechnet) in seinem "Argumentationspapier", das er "für die parlamentarische Arbeit in der Sommerpause" den Koalitionsabgeordneten zur Verfügung stellte:

"Die Bundesanstalt für Arbeit leistet in diesem Jahr keinen Ost-West-Transfer aus den Beiträgen. Die Transferleistungen der Bundesanstalt werden auf circa 18 Milliarden DM geschätzt. Genau dieser Betrag aber ist über das Defizit und den Bundeszuschuß steuerfinanziert."

Da hat er sich aber gewaltig verrechnet! Tatsächlich beläuft sich nämlich der Fehlbetrag im Osten auf 36,6 Milliarden DM. Nach Abzug des Bundeszuschusses von 18 Milliarden DM verbleibt noch ein Nettotransfer von 18,6 Milliarden DM, den die Beitragszahler im Westen für den Osten aufbringen müssen.

Immerhin: Theo Waigel hat - von mir aufgefordert, seine Rechenkünste darzulegen - postwendend reagiert und seinen gewaltigen Irrtum eingestanden, wie der umseitig abgedruckte Brief zeigt. Nun wird er den Koalitionsabgeordneten noch ein neues Argumentationspapier schreiben müssen.

**Antwortschreiben von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel an Karl Diller MdB**

Sehr geehrter Herr Kollege,

in einer Pressemitteilung haben Sie eine Passage aus meinem Argumentationspapier aufgegriffen, das ich am 12. Juli 1993 an die Abgeordneten der CDU/CSU - sowie der FDP-Bundestagsfraktion versandt habe. Zu meinem Bedauern enthält diese Passage in der Tat Aussagen, die in dieser Form nicht stehen bleiben können.

Nach derzeitiger Einschätzung weist der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1993 im Osten Deutschlands einen Fehlbetrag (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen im Osten) von über 36 Milliarden DM auf. Dieser Fehlbetrag wird gedeckt zum einen durch den Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 18 Milliarden DM und zum anderen durch den sich nach derzeitiger Einschätzung im Westen ergebenden Überschuß der Einnahmen aus Beiträgen gegenüber den Ausgaben.

Im Jahr 1994 geht - nach den Sparmaßnahmen - der Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit auf elf Milliarden DM zurück. Damit reduzieren sich die direkten Ausgaben des Bundes für den Arbeitsmarkt um neun Milliarden DM gegenüber 1993.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Theo Waigel

(-/26. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Konzentrierte Aktion für Innovation, Umwelt und Beschäftigung**  
**Umweltpolitik als Chance zur Erneuerung begreifen**

**Von Michael Müller MdB**  
**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Offenkundig ist Umweltpolitik trotz allen Geredes in die Defensive geraten. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung wird sie eher als Störfaktor, denn als Chance zur Erneuerung gesehen. Was überhaupt auf den Weg gebracht wird, von der Abfallpolitik über die Neuordnung des Verkehrssektors bis hin zu den Verordnungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, ist völlig unzureichend. Viele Ankündigungen und Koalitionsabsprachen vom Bodenschutz bis zur Energie/CO<sub>2</sub>-Steuer sind in der Zwischenzeit auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Widerspruch zwischen dem Notwendigen und dem Tatsächlichen wird immer größer. Dies spiegelt sich insbesondere wieder in der Person des Umweltministers, der im Kabinett von seiner Durchsetzungsfähigkeit her betrachtet nur eine geringe Rolle spielt, aber im Umkehrverhältnis dazu einen anderen öffentlichen Eindruck zu erwecken versucht.

Das ökologische Zeitalter scheint schon vorbei, bevor es überhaupt richtig begonnen hat. Dies ist deshalb verhängnisvoll, weil sich die Bundesregierung bis heute über die Ursachen der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht im Klaren ist. Denn nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozialpolitisch gerät die bisherige Form des Wachstums an seine Grenzen. Neben der ökologischen Zerstörungsdynamik ist die wachsende wirtschaftliche Instabilität und die zunehmende soziale Ungleichheit die Folge dieser Politik. Diese Probleme sind eng miteinander verknüpft. Hierin liegt der entscheidende Grund für die Orientierungsprobleme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Solange diese Zusammenhänge nicht begriffen werden, wird in keinem der Bereiche eine befriedigende Lösung zu erreichen sein.

Deshalb ist es notwendig, vor allem die Chancen einer ökologischen Modernisierung für die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt zu begreifen. Wir stehen an einer Welchenstellung unserer Politik, nämlich ob wir weiter versuchen, mit unzureichenden Mitteln uns durchzuwurschteln oder ob wir zu einer Erneuerung fähig sind, die zukunftsverträglich ist. Offenkundig ist die Bundesregierung zu einer solchen Kurskorrektur nicht fähig.

Heute muß die ökologische Modernisierung zur Leitlinie der Politik insgesamt gemacht werden, was aber mit einer Regierung nicht möglich ist, die das Grundprinzip einer solchen Politik bis heute nicht verstanden hat. Deshalb regen wir eine "Konzertierte Aktion für Innovation, Umwelt und Beschäftigung" an. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um grundsätzlich die Chancen einer ökologischen Modernisierung aufzuarbeiten und ihre Konzepte und Instrumente zu bestimmen. Uns ist klar, daß ein derartiger Umbau mit Risiken und Einschränkungen verbunden ist. Jedoch bei der Fortsetzung des heutigen verschwenderischen, naturzerstörenden und mit erheblichen sozialen Problemen verbundenen Weges sind die Risiken noch viel größer. Dagegen eröffnet der Weg hin zu einer umweltverträglichen Ökonomie, die sich an den Zielen Effizienz, Einsparung und Schadensvermeidung orientiert, große nationale und internationale Zukunftschancen.

Heute haben wir noch die Chance, diese Umorientierung einzuleiten. Dies ist jedoch eine gewaltige gesellschaftliche Herausforderung, die einen breiten gesellschaftlichen Konsens und die Bündelung der Kräfte erfordert. Diese Bündelung zur Reformpolitik ist die entscheidende Voraussetzung, um in eine friedliche Zukunft zu gelangen.

(-/26. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

---

#### Berichtigung

In der Ausgabe Nr. 136 vom 21. Juli 1993 erschien ein Beitrag der SPD-Bundestagsabgeordneten Lilo Blunck und Uta Titze-Stecher unter dem Titel "Salmonellenfreie Lebensmittelproduktion statt wohlfeile Verbraucherratschläge", der im 3. Abschnitt auf Seite 2 eine falsche Angabe enthielt. Der dritte Satz im 3. Abschnitt muß nach Angaben der Autorinnen vielmehr lauten: "Nach Schätzungen sind heute rund zwei Prozent auch des Inneren des Eies und 50 bis 95 Prozent des Geflügels infiziert."